

Antrag

der Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA, Dr. Schöppl, Schernthaner MIM und Dr. Hochwimmer betreffend Behinderung von Einsatzkräften

Die Situation der Einsatzkräfte in Österreich, insbesondere von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei, wird zunehmend problematisch. Ein markantes Beispiel hierfür ereignete sich am Reumannplatz in Wien-Favoriten, wo Schaulustige die Rettungsmaßnahmen für zwei schwer verletzte Personen massiv behinderten. Diese Störungen erschwerten nicht nur die lebensrettenden Erstmaßnahmen, sondern behinderten auch die Polizei bei der Festnahme der Tatverdächtigen. In einem ähnlichen Vorfall auf dem Bauernmarkt Leibnizgasse in Wien wurde die Polizei durch Schaulustige bei der Festnahme von gewalttätigen Personen behindert, was die Brisanz solcher Situationen unterstreicht.

Die Gefahren bei Einsätzen sind vielfältig und reichen von physischen Übergriffen bis hin zu Behinderungen durch Schaulustige. Diese können nicht nur die Sicherheit der Einsatzkräfte gefährden, sondern auch das Leben von Unfallopfern. Die geltende Rechtslage sieht für das behindernde Verhalten von Schaulustigen sowie für das Anfertigen und Verbreiten von Bildaufnahmen, die die Hilflosigkeit von Personen zur Schau stellen, Strafen vor. Die Strafmaßnahmen umfassen Geldstrafen bis hin zu Freiheitsstrafen. Trotz dieser gesetzlichen Regelungen bleibt das Problem bestehen, da die vorhandenen Strafen offenbar nicht ausreichen, um solche Handlungen effektiv zu unterbinden.

Vor dem Hintergrund der steigenden Vorfalldaten und der offensichtlichen Risiken für Einsatzkräfte sowie Opfer von Unfällen und Verbrechen ist es notwendig, die bestehenden Gesetze zu überdenken und zu verschärfen. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Sicherheit der Einsatzkräfte erhöhen, sondern auch die Effizienz der Rettungsmaßnahmen verbessern und letztlich das allgemeine Sicherheitsniveau in der Gesellschaft. Es ist im Interesse aller, dass diejenigen, die ihr Leben riskieren, um anderen zu helfen, den bestmöglichen Schutz und Respekt erhalten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, an das Bundesministerium für Justiz mit der Forderung heranzutreten,

1. ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das höhere Geldstrafen und längere Freiheitsstrafen für das Behindern von Einsatzkräften und das unbefugte Herstellen sowie Verbreiten von Bildaufnahmen von Unfallopfern beinhaltet,
2. die Durchführung von Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Bedeutung und den Respekt vor der Arbeit von Einsatzkräften zu erstellen sowie
3. Technologien, die es Einsatzkräften ermöglichen, ihre Arbeit effizienter zu schützen und gleichzeitig Beweismaterial gegen Störer zu sammeln, zu installieren.
4. Dieser Antrag wird dem Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 24. April 2024

Dr. Schöppl eh.

Dr. Hochwimmer eh.

Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA
eh.

Schernthaler MIM eh.